

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Kuwait nach 41 Kriegstagen wieder frei – Alliierte Truppen stürmen weiter

Besiegter Saddam Hussein gibt annektiertes Emirat frei und befiehlt Rückzug Hals über Kopf – Amerikaner und Briten wollen weiterkämpfen – Moskau für Waffenstillstand

Riad/Washington/Bagdad (spk/dpa) **Iraks Führer Saddam Hussein hat die «Schlacht um Kuwait» am Dienstag verlorengegeben und mit der Räumung des vor fast sieben Monaten besetzten Ölscheichtums begonnen. Die Offensive der Alliierten indes ging mit unverminderter Härte tief in den Irak hinein weiter.**

Der amerikanische Präsident George Bush lehnte die von der UdSSR erhobene Forderung nach einer Feuerpause ab und erklärte, es handle sich nicht um einen Rückzug der Iraker, sondern um ein Zurückweichen der geschlagenen Truppen Saddams. Die vom irakischen Diktator in der Nacht zum Dienstag über Radio Bagdad verbreitete Rede bewertete Bush als «empörend». Grossbritannien und Frankreich, welche mit Soldaten am Golf vertreten sind, machten die Einstellung der Feindseligkeiten von der Einhaltung aller UNO-Resolutionen durch Bagdad abhängig.

Präsident Bush hielt Saddam vor, weder den Anspruch auf Kuwait zu widerrufen noch die UNO-Resolutionen zu akzeptieren. Die alliierten Streitkräfte würden daher den Krieg mit «unverminderter Intensität» weiterführen. Die Streitkräfte der Koalition sind nach seinen Worten rascher vorangekommen als geplant. «Die Befreiung Kuwaits ist nahe.» Schon zuvor hatte der Sprecher des Weissen Hauses, Marlin Fitzwater, eine Erklärung verlesen, in der es hiess, die Rede Saddams enthalte keine Verpflichtung, die 12 UNO-Resolutionen zu erfüllen, die einen vollständigen und bedingungslosen Rückzug von Kuwait fordern.

Die Iraker eilten so schnell sie könnten aus Kuwait-City in Richtung Norden, meldete das amerikanische Fernsehen CNN. Sie seien nun offenbar von allen Seiten von Alliierten-Truppen eingeschlossen.

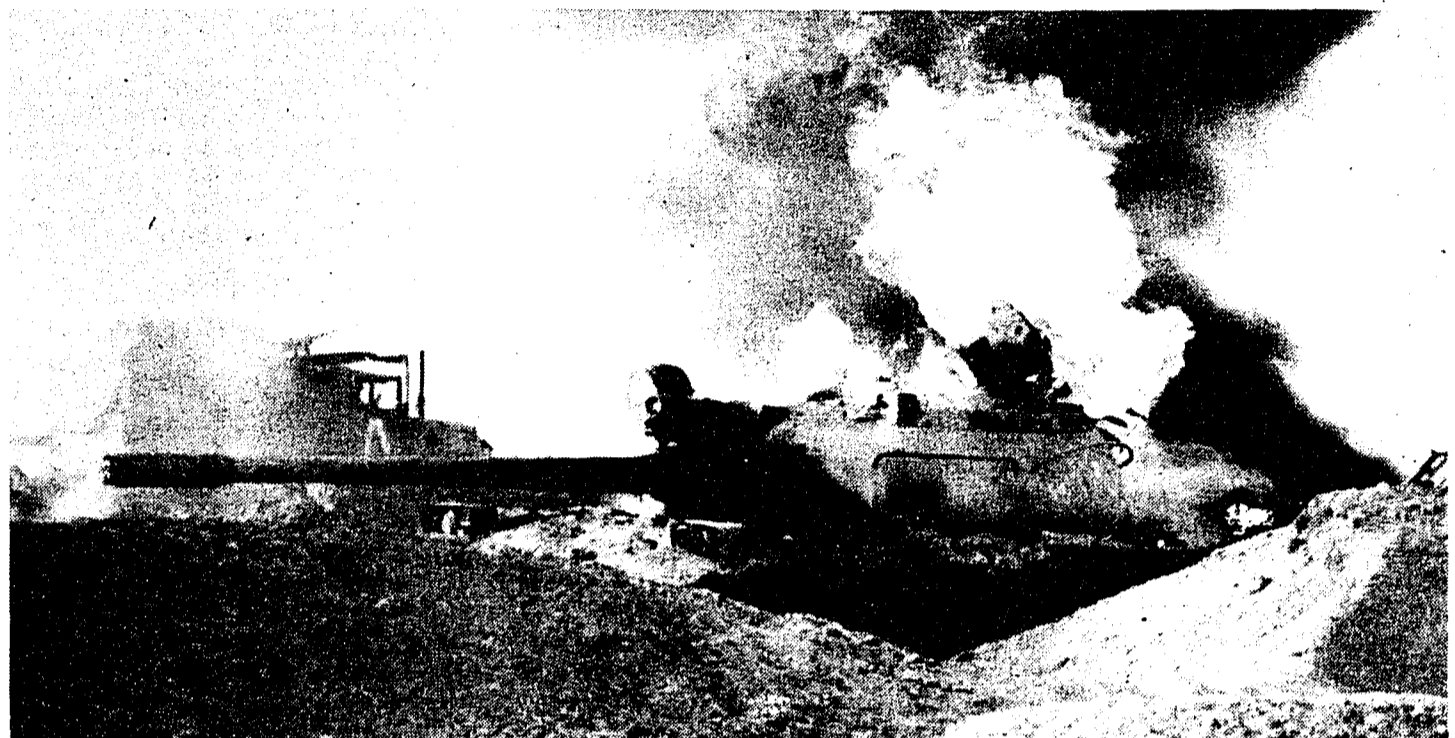
Eher Flucht denn Abzug

Ein hoher kuwaitischer Offizier sprach von einer Massenflucht des irakischen Militärs. Die kuwaitische Nachrichtenagentur KUNA meldete am Mittag, die irakischen Truppen hätten Kuwait-City schon verlassen. Dort eingetroffene kuwaitische Soldaten sprachen von unvorstellbaren Verwüstungen in der einst blühenden Stadt. Alliierte Soldaten sollen unterdessen mit Helikoptern in kuwaitischen Städten gelandet sein.

Während die verbündeten Verbände in Kuwait und im südlichen Irak vorstießen, um Kuwait abzuriegeln, ging das alliierte Bombardement strategisch wichtiger Stützpunkte im Irak weiter. In Saudi-Arabien meinten Militärs: «Die Amerikaner werden möglicherweise noch einige Tage vorstossen.» Ein westlicher Diplomat kommentierte das Zögern der USA, die Waffen ruhen zu lassen, mit den Worten: «Die Amerikaner wollen den totalen Sieg.»

Elitetruppe zerschlagen

Nach Berichten von Reportern am Golf gibt es noch keine Anzeichen für eine Einstellung der Kampfhandlungen in Kuwait. Mindestens 5000 Iraker hätten



Obwohl sich die Iraker seit gestern aus dem besetzten Kuwait zurückziehen, dauerten die Kämpfe gestern noch an. Im Bild ein zerstörter irakischer Panzer.

sich am Dienstag ergeben, berichtete CNN. Über 22 000 sollen bisher die Waffen gestreckt haben. Das 7. USA-Korps und eine britische Panzereinheit meldeten rasche Fortschritte auf ihrem Kurs zum Kampf gegen die Republikanische Garde. Militärexperten erwarten, dass die Alliierten einen Landkorridor nördlich Kuwaits bis in die ostarabische Stadt Basra unter ihre Kontrolle bringen wol-

len, um die etwa 150 000 Mann starke irakische Elitetruppe zu zerschlagen.

Die Sowjetunion, die vom Bagdader Aussenminister Tarik Asis über den Inhalt der Rede Saddams unterrichtet wurde, plädierte für eine Feuerpause, um den Irakern einen geordneten Rückzug zu ermöglichen. Angesichts seiner bislang nicht erfolgreichen Bemühungen um

einen Frieden bezeichnete Präsident Michail Gorbatschow die Beziehungen Moskau zu Washington als «brüchig». Er wies seinen UNO-Botschafter Juli Woronzow an, im Sicherheitsrat eine «unverzügliche Diskussion über die irakische Erklärung zum Truppenabzug» durchzusetzen.

Mehr über den Golfkrieg auf Seite 10.

Saddam sieht sich als Sieger

Saddam Hussein hatte in der Nacht zum Dienstag in einer Ansprache über Radio Bagdad den Rückzug seiner Truppen aus Kuwait angekündigt. Da die irakischen Streitkräfte mehr als fünf Wochen der Allianz von 30 Ländern getrotzt hätten, seien sie siegreich geblieben, sagte er. Saddam machte klar, seinen grundsätzlichen Anspruch auf Kuwait habe er nicht aufgegeben. «Kuwait ist Teil unseres Landes und ist in der Vergangenheit abgetrennt worden. Die Iraker werden nicht vergessen, dass es am 8. August 1990 rechtmässig ein Teil des Iraks wurde.»

Nach unbestätigten Berichten vom Golf gleichen die Bewegungen der irakischen Truppen aus Kuwait eher einer Flucht als einem geordneten Rückzug.

Steuern steigen um 46 Milliarden Mark

Bonn (AP) Die Bonner Koalition will die Steuerzahler in diesem und im nächsten Jahr mit zusätzlich 46 Milliarden Mark belasten. Das von der Spitzenpolitikern von CDU, CSU und FDP am Dienstag vereinbarte Steuerpaket sieht neben einer Anhebung der Mineralöl- und der Versicherungsteuer einen auf zwölf Monate befristeten Zuschlag auf die Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer vor. Die Steuererhöhungen sollen am 1. Juli in Kraft treten. Die Mehrwertsteuer bleibt vorerst unverändert, allerdings stellte Bundesfinanzminister Theo Waigel eine Anhebung für 1993 in Aussicht.

DENNER-Satellit
Ihr privater Detailist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Aktion
Kochbutter
Fr. 2.65

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

Die Konsumentenpreise für Butter werden auch bei uns gesenkt

Das Landwirtschaftsamt rechnet nicht mit Einkommensverbesserungen für die Landwirte – Mehr Stützungsbeiträge durch den Staat nötig

Die Preise für Butter werden auch in unserem Land, in gleichem Ausmass wie in der Schweiz, gesenkt. Die Preissenkungen kommen aufgrund der Erhöhung der Direktzahlungen des Bundes an die Produzenten zustande. Während die Konsumenten von dieser Massnahme profitieren, wird der Staat höhere Stützungsbeiträge aufzuwenden haben.

(paf) – Der Schweizerische Bauernverband (SBV) hat im September des vergangenen Jahres dem Schweizer Bundesrat einen Forderungskatalog vorgelegt, u.a. mit dem Begehren nach Erhöhung des Milchgrundpreises um 5 Rappen je Kilogramm einerseits und der Einführung allgemeiner Direktzahlungen in Form von Flächenbeiträgen in der Höhe von 100 bis 150 Franken je Hektar andererseits. Der Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten und der Schweizerische Viehproduzentenverband sowie

die Vereinigung Kleiner und Mittlerer Bauern schlossen sich diesen Begehren an, in der Absicht, die Forderungen des Bauernverbandes in den sie betreffenden Anliegen zu unterstützen.

Erhöhung der Direktzahlungen

Der Bundesrat hat am 21. Januar 1991 über die eingereichten bäuerlichen Begehren entschieden. Der Bundesrat sprach sich für eine Erhöhung der Direktzahlungen aus, nahm hingegen bei den behördlich festgesetzten Produzentenpreisen aus markt- und aussenwirtschaftlichen Gründen keine Anpassung vor. Die beschlossenen Erhöhungen bringen der schweizerischen Landwirtschaft für 1991 eine rund fünfprozentige Einkommensverbesserung von rund 200 Millionen Franken. Die Hauptbeschlüsse des Bundesrates betreffen die Erhöhung der Tierhalterbeiträge sowie mehrere Mass-

nahmen in der Milchwirtschaft wie die Senkung der Konsumentenpreise für Tafelbutter, die Senkung des Kochbutterpreises für Grosskonsumenten, die Anpassung von Fabrikationsmargen auf Butter und Käse, die Erhöhung des Preiszuschlages auf Magermilchpulver u. a. m.

Senkung der Butterpreise

Für Liechtenstein direkt von Bedeutung ist vor allem die Senkung der Butterpreise. Die Konsumentenpreise wurden vom Bundesrat wie folgt gesenkt:

- Vorzugsbutter um 1,50 bzw. 2 Franken je Kilogramm
- Molkereibutter um 2 Franken je Kilogramm
- Käseibutter um 2,50 Franken je Kilogramm.

Der Verkaufspreis der Kochbutter in Packungen von 1 kg und mehr (für Gross-

konsumenten) ist um 1 Franken je Kilogramm gesenkt worden.

Höhere Stützungsbeiträge

Gemäss der Liechtensteinischen Standardkalkulation für die Milchrechnung ergibt sich nach diesen Anpassungen durch den Bundesrat, dass die Stützung des Butterpreises im Verlauf des Jahres 1991 je 100 Kilogramm Vollmilch von 14,84 Franken auf 19,429 Franken ansteigen wird, was einer Erhöhung von 30,9 Prozent entspricht. In der Folge wird die Butterstützung der Milchrechnung in der zweiten Hälfte dieses Jahres rund 400 000 Franken höher ausfallen als bisher.

Positiv für Konsumenten

Das Landwirtschaftsamt macht in seinem Bericht an die Regierung darauf aufmerksam, dass die Anpassungen für den Landwirt kaum eine Einkommensverbesserung mit sich bringen, sondern sich vor allem für die Konsumenten positiv, d. h. in Preisabschlägen, auswirken.

Wie aus der Milchrechnung des Liechtensteinischen Milchverbandes für das Jahr 1990 zu entnehmen ist, schliesst das Milchjahr 1990 mit einem Budgetsaldo in der Höhe von 331 420 Franken. Die Regierung hat zur Kenntnis genommen, dass für das zweite Halbjahr 1991 ein Nachtragskredit von rund 400 000 Franken für die Milchrechnung fällig werden wird. Wie der weiteren Belastung der Milchrechnung entgegnet werden kann, ist Gegenstand von Abklärungen durch das Landwirtschaftsamt.

Für bodensparende und verdichtete Überbauungen

Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag über neues Baulandumlegungsgesetz

(paf) – Die Regierung hat dem Landtag einen Bericht und Antrag zur Schaffung eines Gesetzes über die Baulandumlegung unterbreitet. Der vorliegende Gesetzesentwurf geht davon aus, dass das Umlegungsrecht künftig nicht mehr im Sachenrecht, sondern in einem separaten Gesetz geregelt wird.

Dabei wurden die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewonnenen Erfahrungen bei der Durchführung von Baulandumlegungen soweit als möglich im Entwurf an den Landtag berücksichtigt. Es wurden insbesondere die neuen Erkenntnisse in bezug auf die Überbauung und Erschliessung von Grundstücken und die Anliegen des Umweltschutzes in den Regierungsentwurf eingearbeitet, teilweise auch im Rahmen der Überarbeitung der Vorlage im Anschluss an die Vernehmlassung.

Anpassung der Bestimmungen

Die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Umlegung von Baugebiet finden sich bisher im liechtensteinischen Sachenrecht aus dem Jahre 1922. Diese Bestim-

mungen wurden seither nicht mehr angepasst und entsprechen nicht mehr den heutigen Anforderungen. Die Regierung hat deshalb im Jahre 1986 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe bestellt, mit dem Auftrag, die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Baulandumlegung zu überprüfen und einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

Geänderte Zielsetzungen

Die Zielsetzung einer Baulandumlegung in der heutigen Zeit unterscheidet sich grundlegend von derjenigen einer Umlegung von Baugebiet in den Zwanzigerjahren, als die heute noch gültigen gesetzlichen Bestimmungen geschaffen worden sind. Stand ursprünglich bei einer Baulandumlegung vor allem die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse unter Berücksichtigung der Erschliessung in einem unbebauten, neu zonierten Gebiet (zumeist am Rande des Dorfes) im Vordergrund, so sind heute die Anforderungen an Baulandumlegungen wesentlich vielfältiger und differenzierter. Baulandumlegungen in der heutigen Zeit verfol-

gen vor allem den Zweck, zentrumsnahe und bereits teilweise überbaute Gebiete zu sanieren, zweckmässiger zu gestalten, besser zu nutzen und zu erschliessen. Aufgrund der hohen Bodenpreise und des nur beschränkt vorhandenen Bodens soll künftig auch im Rahmen von Baulandumlegungen der sparsame Umgang mit dem Bauland und den Erschliessungsflächen im Vordergrund stehen.

Für bodensparende Überbauungen

Umlegungen sollen Gewähr bieten für eine zonen gerechte, bodensparende und damit verdichtete Überbauung, die zweckmässige Erschliessung eines Gebietes und eine den Zielen der Orts- und Landesplanung besser entsprechenden Nutzungsordnung. Auch die Aspekte des Umweltschutzes und des Ortsbildschutzes, welche in den zurückliegenden Jahren an Bedeutung gewonnen haben, sind im Rahmen von Baulandumlegungen künftig besser zu berücksichtigen. Der von der Regierung dem Landtag unterbreitete Gesetzesentwurf berücksichtigt diese Zielsetzungen.

SICHERHEITSHALBER
IN IHRER NÄHE.

ZÜRICH
VERSICHERUNGEN

Repräsentanz für Liechtenstein
Josef Sele
Aeulestrasse 80, 9490 Vaduz
Telefon 075/2 43 33